

Nebrar Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Hedra a. H.

Ar. 85.

Hedra, Mittwoch, 25 Oktober 1899.

12. Jahrgang.

Novelle zu den Münzgesetzen.

Dem Bundesrat ist eine Novelle zu den Münzgesetzen zugegangen, die auf Grund der gesammelten Erfahrungen verschiedene Änderungen vorschlägt, die in seinem inneren Zusammenhang zu einander stehen, vielmehr nur aus Zweckmäßigkeitsgründen in einem Gesetz vereinigt werden sollen. Wie in der Begründung der Vorlage hervorgehoben wird, hat sich das Münzgesetz vom 9. April 1873 im großen und ganzen bewährt. Es sollen also nur solche Mängel beseitigt werden, die vom Verkehr als lästig empfunden werden. Die Novelle bestimmt demnach, daß die Reichsgoldmünzen zu 5 Mk. mit einer Gehaltsschrift von einem Jahre außer Kurs gesetzt werden. Ferner werden die silbernen Zwanzigpfennigstücke beseitigt, doch soll die Ueberführung nicht vor dem 1. Januar 1902 erfolgen. Auch das Nickel-Zwanzigpfennigstück wird, als eine ebenso überflüssige wie unbedeutsame Münze" beseitigt. Die Uebersetzung soll mit aller Schonung geschehen und deshalb allmählich bis zum Jahre 1904 bewirkt werden. Dies ermöglicht, durch eine entsprechende Vermehrung der Zehnpfennigstücke dafür Sorge zu tragen, daß diese an Stelle der eingezogenen Zwanzigpfennigstücke sofort dem Verkehr übergeben werden können.

Ein weiterer Artikel der Novelle besetzt eine Erhöhung des Gesamtbestandes der Reichsgoldmünzen von 10 auf 14 Mk. für den Kopf der Bevölkerung des Reichs. Wie in der Begründung aus der Entfaltungsgeschichte des Münzgesetzes nachgewiesen wird, sollte durch die Worte „bis auf weiteres“ angefaßt werden, daß die Festsetzung des Kopfbestandes von zehn Mark nur ein Vorläufer ist. Die Frage nach der Vermehrung der Kopfbestände müßte wesentlich nach der Ermittlung des Geldbedarfes bewirkt werden. Ergeben diese Verhältnisse, daß der Betrag von zehn Mark dem Bedürfnis nicht genügt, so entspricht es dem Sinne des Gesetzes, ihn angemessen zu erhöhen. Andererseits muß die obere Grenze durch das tatsächliche Verkehrsbedürfnis bestimmt werden, weil die Uebersättigung der Silbermünzen nur so lange unbedenklich bleibt, als nach ihnen eine wirkliche Nachfrage besteht. Eine Vermehrung über diese hinaus würde, wie in der Begründung ausgeführt wird, lediglich eine nicht gerechtfertigte Vertheilung der Währungsverhältnisse sein. Eine Vermehrung des Silberumsatzes neben den Thalern steht nicht in Uebereinstimmung mit der Erhöhung der Kopfbestände. Die Erhöhung der Kopfbestände soll die Erhöhung der Kopfbestände erforderlichen Falles dem Uebertrag entnommen werden, wie dies auch bisher bei der Ueberführung von Reichsgoldmünzen geschieht. Es würde also in der Folge nur ein größerer Teil der Thaler in Reichsgoldmünzen verwandelt werden. Durch die Verwendung von Thalern zu den Neuprägungen von Silbermünzen wird der Nennwert des Silberumsatzes im ganzen entsprechend dem größeren Metallwert der Thaler vermehrt. Es wird sich also unter Berücksichtigung der Prägegebühr, der Abnutzungskosten für die vor 1873 geprägten Thaler und des Metallverlustes durch Abnutzung etwas weniger als ein Viertel der erforderlichen Prägekosten als Gewinn der Neuprägungen ergeben. Zum Ausgange, und um einer Vertheilung des Gesamtumsatzes vorzubeugen, schlägt der Entwurf vor, daß dieser Gewinn dazu dienen soll, Gold gegen eingezogene Bankbillets anzukaufen und die dabei erhaltene oben erwähnte zu heften. Da die hierdurch abzuführende Silbermenge gegenüber der jährlichen Gesamtprägung an Silber (1898 mit 29 Millionen Mark) nicht ins Gewicht fällt und der Verkauf sich hierbei auf eine längere Reihe von Jahren verteilt, so steht nicht zu befürchten, daß die Maßnahme den Preis des Silbers irgendwie nachtheilig beeinflussen werde.

Ein letzter Artikel der Novelle besetzt, daß besondere Münzgewichte der Mark- und Centmünzen zu befehlen und für das Münzgesetz die für das allgemeine Verkehrsbedürfnis geeigneten Bestimmungen zur Anwendung zu bringen. Es handelt sich hier nicht um eine materielle Änderung der Geldverhältnisse, sondern nur um

eine im Interesse der Einheitlichkeit veränderte Weise der Bezeichnung der Gewicht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die Kaiserin Auguste Viktoria feierte am Sonntag ihren 41. Geburtstag. Aus diesem Anlaß fand in Potsdam in den Communis feierlich Empfang und Gratulationsfeier statt.

* Zu der Antikörper, daß seitens der Regierung die im Frühjahr gekündigten 7000 Mann der Friedenspräsenzstärke in der bevorstehenden Tagung des Reichstages gebort werden würden, wird offiziell erklärt, es liege „aus naheliegenden formalrechtlichen und materiellen Gründen nicht im Interesse in der Noth, die vom Reichstages bei Beratung des Münzgesetzes ausgehenden Rechte in diesem Jahre zur Einlösung zu präferieren.“

* Dem Bundesrat ist eine Novelle zu den Münzgesetzen zugegangen, deren Inhalt folgt: Die Novelle bestimmt, daß die Reichsgoldmünzen zu fünf Mark mit einer Gehaltsschrift von einem Jahre außer Kurs gesetzt werden. Ferner werden die silbernen Zwanzigpfennigstücke beseitigt, doch soll die Ueberführung nicht vor dem 1. Januar 1902 erfolgen. Auch das Nickel-Zwanzigpfennigstück wird, als eine ebenso überflüssige wie unbedeutsame Münze" beseitigt. Die Uebersetzung soll mit aller Schonung geschehen und deshalb allmählich bis zum Jahre 1904 bewirkt werden. Ein weiterer Artikel der Novelle besetzt eine Erhöhung des Gesamtbestandes der Reichsgoldmünzen auf 14 Mk. für den Kopf der Bevölkerung des Reichs. Dieser Kopfbestand ist gegenwärtig „bis auf weiteres“ auf 10 Mk. festgesetzt. (Eine Vermehrung des Silberumsatzes neben den Thalern steht nicht in Uebereinstimmung mit der Erhöhung der Kopfbestände. Die Erhöhung der Kopfbestände soll die Erhöhung der Kopfbestände erforderlichen Falles dem Uebertrag entnommen werden. Der dabei zu erwartende Gewinn soll zur Vermehrung des Gesamtumsatzes verwendet werden.)

* Die Reichsfinanzminister sollen nach einer Ueberlegung des Reichspostamts auch an sich verbindlichen mit geringerer Prägevertheilung ausgehend werden. Die Oberpostdirektion ist aufgefordert worden, auf tatsächliche Verwendung der Gütervertheilung durch solche Korrespondenzen hinzuwirken. Zugleich ist bestimmt worden, daß außer den bisherigen Gütervertheilungen zu 5, 10 und 25 Bogen künftig solche in einer Stärke von 2 Bogen hergestellt werden können.

* Zu der ersten Hälfte des Monats November soll in Berlin eine Sonderkommission zur Neubearbeitung der Feldbahnordnung zusammen treten. Eine Neubearbeitung wird schon durch die neue organische Gliederung der Feldbahn, ihre veränderte Eintheilung in die höheren Verbände, die anderweitige Gliederung des Munitionswesens, die Einführung der Feldbahnen und die Grundzüge für ihre Verwendung notwendig. Voraussetzungen sind aber auch sonstige Veränderungen, z. B. in Bezug auf Divisionsartillerie, Kavallerie, örtliche Telegraphie, sowie durch die Errichtung der Verkehrsstrassen, eintreten.

Severisch-ungarn.

* Zur Wiederherstellung seiner Schwiegerochter soll Kaiser Franz Joseph seine Einwilligung erteilt haben, während der König von Belgien von dieser Ehe seiner Tochter nicht wissen wollte.

* Bei der Präsidentschaft für das Wiener Abgeordnetenhaus sind die deutschen Parteien leer ausgegangen. Erster Präsident ist wieder Jaks, zweiter ein Pole, dritter ein Hunne.

* Der frühere österreichische Reichshofrathpräsident in Paris Dr. Schmeidler ist am Freitag in Wien im Alter von 74 Jahren an einem Nierenleiden erlegen. Die Aufregungen, welche der Dreijahrsprozess für den ehemaligen Militärattaché mit sich brachte — insbesondere die bekannte Vieffahrt — sollen die Ursache beschleunigt haben.

Frankreich.

* In den französischen Offizierskreisen kommen noch immer Ausdrücke des Grolles gegen die Maßnahmen der Regierung und das Ehebündnis vor. Wie einmüthig, hatte der Kriegsminister General Gallié nach dem Prozess in Rennes den müßigen Bereitiger

der Unschuld Dreyfus, Major Hartmann, zum Vizepräsident der Artilleriemehrheit in Autreau ernannt. Der Anwalt hat nun der Direktor dieser Anstalt, General Deloche, sich gemeldet, Hartmann in sein Amt einzusetzen, und gegen die Ernennung Einspruch erhoben.

England.

* Die englischen Kriegserklärungen nehmen indessen ihren Fortgang. Bemerkenswert und durch den Krieg mit Transvaal nicht ganz erklärbar ist besonders die teilweise Mobilisation der Flotte.

* Die Verhandlungen im Unterhause haben nicht darüber gebracht, was England (soweit Chamberlain sein Amt und sein Verlangen für Südafrika geplant und erreichen will, Chamberlain erklärt, daß der Krieg nicht unermesslich gewesen sei; er beschließt seine Bestrebungen mit denen der „liberalen Unionisten", die den Jamesonritt in Szene gesetzt hat; er erklärt die letzten Forderungen, die seitens des Kabinetts an Transvaal gestellt worden sollten, für „tot und begraben" und läßt erkennen, das Streben nach dem letzten im Entschieden erliegen hat und daß England nunmehr Transvaal und den Orange-Freistaat, gleichviel in welcher Form, annectieren müsse und möge. Das ist weitestens klar und deutlich, und die Boerrepubliken müssen nun genau, woran sie sind und wofür sie kämpfen.

* Im Unterhause wurde dem Mitglied Medmond von Sprecher das Wort entzogen, weil er nicht Gehör fand, betraf der Präsident, ihn aus dem Saale zu entfernen. Medmond wurde gewaltsam hinausgeführt; er rief: „Ich wünsche euch Glück zum Blute der Boer.“

* Im Unterhause erklärte Balfour, es sei keine Abmachung über den Ankauf der Delagoabaai, auch noch keine Güteabmachung über die zukünftige Verwaltung Samoa's erfolgt.

Belgien.

* Dr. Leys, der Gesandte Transvaals in Europa, hat seine Reise nach Berlin ganz aufgegeben. Vermuthlich hat man ihm von deutscher Seite zu verstehen gegeben, daß kein Ansehen bei Berlin gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt zu Mithaltungen Anlaß geben könnte. Dr. Leys wird während der Dauer des Krieges das neutrale Brüssel nicht verlassen.

Niederlande.

* Die Ausrüstung eines russischen Freiwilligenkorps für Transvaal ist in Holland erfolgt; das Heer wird in Stärke von 200 Mann in den nächsten Tagen nach Südafrika abgehen.

Amerika.

* Die Revolution in Venezuela ist nunmehr zu Ende. Es soll ein Konvent einberufen werden, welchem die neue Konstitution vorgelegt werden soll. General Andrade, der bisherige Präsident, verläßt Venezuela. — Der „Friede" besteht als ganz einfach darin, daß die Revolution gestoppt hat und der bisherige Präsident dies durch erkennen, daß er ohne weiteres Unterwerfen seinen Gegner das Feld räumt. Das ist freilich immerhin ein erfreuliches Resultat — für den Frieden. Dasselbe ist in einer Parlamentarier-Adresse mit dem Abgeordneten Galtres vereinbart worden.

Italien.

* Bei Badmilitz hat ein erstes ernstliches Zusammenreffen der Boer mit den Engländern stattgefunden und immer noch englischer Quelle — mit dem Rückzug der Boer beendet. Die Engländer geben zu, weitere Verluste erlitten zu haben; ihr General Symons ist an seiner Verwundung gestorben.

* Was man hofft, das glaubt man. Es kann daher nicht wunder nehmen, daß über London nur solche Nachrichten vom südafrikanischen Kriegsschauplatz zu uns gelangen, die den Engländern günstig sind, während in Frankreich Meldungen vorliegen, die von einer schließlichen Niederlage der Engländer aussagen. Eine Delegation der „Alters" befragt, die Truppen des Orange-Freistaates, die von Darmstadt gegen Badmilitz vorrücken, seien nach Ueberfreitung des von Neenen-Passes bei Vesterfation mit den Engländern in einen Kampf geraten. Die Engländer seien völlig geschlagen worden und nur noch Badmilitz, 15 Meilen vom Kampflage, geflohen. Sie hätten bedeutendes Kriegsmaterial im Stiche gelassen. Natürlich muß

man auch in diesem Fall die Bestätigung abwarten.

* Wie die „Daily News" aus Kapstadt meldet, ist dort das Gericht vertrieben, daß, während die Boer in Afrika angriffen, die zur Verteidigung der Stadt anberufen werden gelassen. 1500 Boer sollen hierbei das Leben eingebüßt haben. (Sofortlich sind es einige weniger gewesen, als die englische Ueberlieferung glauben machen will.)

Berlin.

Im Garnelen-Bozef hat am 21. d. alle drei Angeklagten v. Schachmeyer, v. Kröber und v. Kanjer, freigesprochen worden. Man kann niemand in das Herz setzen — so führte Landgerichtsdirektor Deuto bei der Urteilsverkündung unter anderem aus, die Angeklagten behaupten, sie seien zwar sehr lebensfähig, aber nicht lebensfähig. (Sicherlich sind es einige weniger gewesen, als die englische Ueberlieferung glauben machen will.)

Bürgerliches Gesetzbuch.

Die Willenserklärung und der Vertrag.

Die Willenserklärung mit einem Willensschwachen Vorbehalt ist richtig. Auch eine Willenserklärung nur zum Schein ist richtig, wenn der andere weiß, daß sie nur zum Schein abgegeben wird. Macht man eine Willenserklärung aus Scherz, so ist man für den Schaden verantwortlich, der daraus entsteht, daß sie in anderer für Ernst nahm. Willenserklärungen aus Irrtum kann man zurücknehmen, indem man „ohne schuldhaftes Bögen". Der Irrtum kann darin bestehen, daß man bei der Willenserklärung nur einen bestimmten Willensinhalt ausgesprochen, aber wenn man die Wirkung über den Inhalt, als man sie abgeben wollte: Die Handlung bestellt brieflich 10 Zentner Zucker, sie wollte aber nur 10 Pfund bestellen. Dem gleichgültigen ist, wenn sein Votum eine Bestellung falsch ausspricht. Darum ist es zweckmäßig, daß bei größeren Verfügungen vom Bestehen eine Bestätigung auszusenden zu lassen. Es kommt nicht mehr (wie beim Dr. Alin. Sonderecht und beim Gemeinen Recht) darauf an, ob der Irrtum ein tatsächlicher oder ein Rechtsirrtum ist. Für den Schaden, der aus meinem Irrtum entsteht, muß ich aufkommen, jedoch nicht über den Betrag des Interesses hinaus, den ein anderer oder dritter an der Gültigkeit der Erklärung hat.

Bei Miets- und Pachtverträgen auf längere Zeit als ein Jahr — bei Verleumdungen — bei Schuldbrechen und Schuldenkenntnis — bei Anweisungen sowohl wie bei deren Annahme oder weiteren Uebertragung und bei einer Uebertragung einer Hypothekensicherung ist ausdrückliches Schriftform notwendig; Telegramme oder Briefe genügen nicht. Bei Uebertragung einer Hypothek genügt die Eintragung ins Grundbuch.

Bei Verkauf von Grundstücken, Strafkraftsverträgen, Ehe- und Erbschaften sowie bei Annahme an Kindesstat und Erbstatuten ist gerichtliche oder notarielle Beurkundung nötig. Der Schenker kann sein Geschenk zurückfordern, wenn er außer Hande ist, seinen Forderungen Unterhalt zu bestreiten und die ihm gegenüber seinen Verwandten, Gatten oder früheren Gatten obliegende Unterhaltspflicht zu erfüllen. Ferner kann die Schenkung widerrufen werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verletzung gegen den Schenker oder einen nahen Verwandten des Beschenkten groben Unfalls schuldig macht. Den Erben steht das Widerrufsrecht aber nur dann zu, wenn der Beschenkte vorläufig und widerrechtlich den Schenker geriet oder ihn am Widerruf gehindert hat.

Siege- und Besitzstufen sind Ehrenstufen. Das Geld gewährt ihnen keinen Schutz. Der Gewinner kann seinen „unbaren" Gewinn nicht einlagern, der Verlierer das bereits Besagte nicht zurückfordern.

Jeder Vertrag erfordert die Uebereinstimmung aller beim Abschluß Beteiligten. Die Verpflichtungen aus dem Vertrage entstehen, wenn Antrag und Annahme des Vertrages erklärt worden sind. Im allgemeinen betrifft das Bürgerl. Gesetz den Grundzug von der Formlosigkeit der Verträge; es genügt, daß sich die Parteien übereinstimmend geeinigt haben. (Die Ausnahmen vorstehend.)

Der einem Anwesenden gemachte Antrag kann nur sofort angenommen werden; es ist

Rechte und Pflichten der Kaufleute und Gewerbetreibenden nach den neuen Reichsgesetzen.

Mit dem 1. Januar 1900 tritt das Handelsgesetzbuch und das Bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich in Kraft. Der sechste Abschnitt des ersten Buchs des Handelsgesetzbuchs (Handlungshelfen und Handlungslehrlinge) mit Ausnahme des § 85 (Provision) ist bereits am 1. Januar 1898 in Kraft getreten.

Der siebente Abschnitt (Handlungsgenossen) kann durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats schon vor dem 1. Januar 1900 in Kraft gesetzt werden. Dieses Werk enthält aus den beiden Gesetzbüchern alle diejenigen Gesetzesparagrafen mit ausführlichen Erläuterungen, die für den Kaufmann, Fabrikanten und Gewerbetreibenden von Bedeutung sind; ausserdem sind noch das Nahrungsmittel- und Margarine-Gesetz, sowie das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs darin enthalten.

Da sich Niemand mit Unkenntnis der Gesetze entschuldigen kann, so ist es Pflicht jedes Kaufmannes und Gewerbetreibenden sich mit den neuen Gesetzen bekannt zu machen.

In diesem Werke sind die erwähnten Gesetze vereinigt und neben denselben 60 Formulare zu Schriftsätzen, die zur Anwendung der neuen Gesetze erforderlich werden können, beigelegt, so dass das Buch als unentbehrlicher Ratgeber für jeden Geschäftsmann betrachtet werden kann.

Inhaltsverzeichnis.

Handelsgesetzbuch. Handelsstand.

Erster Abschnitt: Kaufleute.
Handelsgewerbe,
Gewerbliche Unternehmungen mit kaufmännischem Betriebe,
Verhältnis zur Landwirtschaft,
Verhältnis zum Handwerk und Kleingewerbe,
Bedeutung der Eintragung einer Firma,
Anwendung der Vorschriften über die Kaufleute auf Handelsgesellschaften und öffentliche Banken,
Verhältnis zu den Vorschriften des öffentlichen Rechts.

Zweiter Abschnitt: Handelsregister.
Registergerichte,
Öffentlichkeit des Registers,
Bekanntmachung der Eintragungen,
Form der Anmeldungen u. Zeichnungen,
Eintragungen in das Register einer Zweigniederlassung,
Ordnungsstrafen,
Wirkung der Eintragung und Bekanntmachung,
Verhältnis des Registergerichts zum Prozessgerichte.

Dritter Abschnitt: Handelsfirma.
Begriff der Firma,
Bildung neuer Firmen,
Abgeleitete Firmen,
Uebergang der Forderungen u. Schulden auf den Erwerber eines Handelsgeschäfts,
Uebergang der Forderungen u. Schulden bei dem Eintritt eines Gesellschafters in das Geschäft eines Einzelkaufmanns,
Eintragung der Firma in das Handelsregister,
Eintragung von Veränderungen,
Eintragung des Konkurses,
Eintragung juristischer Personen,
Unternehmungen des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände,
Unbefugte Führung einer Firma.

Vierter Abschnitt: Handelsbücher.
Art der Buchführung,
Inventar und Bilanz,
Aussere Form der Handelsbücher; Aufbewahrung,
Vorlegung der Handelsbücher.

Fünfter Abschnitt: Prokura und Handelsvollmacht.
Prokura,
Handlungsvollmacht,
Widerruf der Handlungsvollmacht,
Haftung des Handlungsbevollmächtigten,
Unübertragbarkeit der Handlungsvollmacht.

Sechster Abschnitt: Handlungshelfen und Handlungslehrlinge.
Begriffsbestimmung, Rechte u. Pflichten der Handlungshelfen,
Verbot des eigenen Handelsbetriebes,
Fürsorgepflicht des Prinzipals,
Fortbezug der Vergütung bei Krankheit u. s. w.,
Zeit der Gehaltszahlung,
Provision,
Beendigung des Dienstverhältnisses,
Zeugnis,
Konkurrenzklause,
Handlungslehrlinge,
Sonstige Hilfspersonen.

Siebenter Abschnitt: Handlungsagenten.
Begriff und Pflichten des Handlungsagenten,
Verhältnis zu Dritten,
Provision und Anslagen,
Nachweisungspflicht des Geschäftsherrn,
Beendigung des Agenturverhältnisses.

Achter Abschnitt: Handelsmäkler.
Handelsmäkler im Sinne des Handelsgesetzbuchs,
Schlussnoten,
Aufbewahrung der Warenproben,
Ermächtigung zur Empfangnahme von Zahlungen oder Leistungen,
Haftung des Handelsmäcklers; Mäklerlohn,
Buchführung,
Warenmäkler des Kleinverkehrs.

Handelsgeschäfte.
Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften.
Begriff der Handelsgeschäfte,
Berücksichtigung der Handelsgebräuche,
Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns,
Vertragsstrafe,
Einrede der Voransklage,
Formfreiheit.

Nichtanwendung der Vorschriften auf das Kleingewerbe.
Gesetzlicher Zinsfuß,
Kaufmännische Zinsen,
Provision, Lagergeld, Verzinsung von Darlehen, Vorschüssen u. s. w.,
Kontokorrent,
Zeit der Leistung,
Handelsgut mittlerer Art und Güte,
Vertragsmässige Masse, Gewichte, Zeitrechnung und Entfernungen,
Unverzügliche Antwort auf Anträge zur Geschäftsbesorgung, Bewahrung infolge Antrags gesandter Waren,
Kaufmännische Anweisungen,
Recht des redlichen Erwerbers bei Veräusserung oder Verpfändung beweglicher Sachen,
Kaufmännisches Pfandrecht,
Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht.

Zweiter Abschnitt: Handelskauf.
Kauf auf Probe und nach Probe,
Erfüllungszeit und Erfüllungsort,
Zeitpunkt, mit welchem die Gefahr der gekauften Sache im Falle der Uebersendung auf den Käufer übergeht,
Pflicht des Käufers zur Empfangnahme der Ware,
Kosten der Uebergabe und Annahme,
Markt- oder Börsenpreis als Kaufpreis,
Annahmeverzug des Käufers,
Spezifikationskauf,
Fixgeschäft,
Untersuchung der Ware und Mängelanzeige,
Lieferung einer Ware anderer Gattung,
Quantitätsmängel,
Aufbewahrung und Verkauf der beanstandeten Ware,
Berechnung des Kaufpreises nach dem Gewichte der Ware,
Kauf von Wertpapieren; Kauf- und Werkvertrag,
Viehmägel.

Dritter Abschnitt: Kommissionsgeschäft.
Begriffsbestimmung,
Rechte und Pflichten des Kommissionärs,
Verpflichtung des Einkaufskommitenten zur Untersuchung der Ware und zur Mängelanzeige,
Rechte des Kommitenten an den vom Kommissionärerworbenen Forderungen.

Unbefugte Kreditgewährung, Haftung des Kommissionärs, Wechselindossierung,
Anspruch auf Provision und Erstattung von Aufwendungen,
Pfandrecht des Kommissionärs,
Rechte des Kommissionärs an Kommissionsgute,
Rechte des Kommissionärs an Forderungen,
Der Kommissionär als Selbstverkäufer oder Selbstkäufer,
Recht des Kommissionärs auf Provision als Selbstverkäufer oder Selbstkäufer,
Ausdehnung des Begriffs des Kommissionsgeschäfts; Einkaufs- und Verkaufskommission.

Vierter Abschnitt: Speditionsgeschäft.
Begriffsbestimmung und Verhältnis zum Kommissionsgeschäft,
Rechte und Pflichten des Speditors,
Anspruch des Speditors als Selbstbeförderer,
Vorherbedungene Beförderungskosten,
Verjährung,
Besorgung von Güterversendungen durch einen Kaufmann, der nicht Spediteur ist.

Fünfter Abschnitt: Lagergeschäft.
Begriffsbestimmung,
Rechte und Pflichten des Lagerhalters und des Einlagerers,
Vermischung eingelagerter Ware mit anderen Waren,
Lagerkosten,
Gesetzliches Pfandrecht,
Zurücknahme des Gutes,
Verjährung,
Rechte an dem Gute durch Uebernahme des indossierten Lagerscheins.

Nahrungsmittel-Gesetz. Margarine-Gesetz.
Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

60 Formulare verschiedenster Art:
Verträge. — Klage-Schriften. — Strafanträge. — Schriftsätze nach den Vorschriften der verschiedenen Gesetzesparagrafen.

Der Preis des reichhaltigen Werkes ist ein fabelhaft billiger und beträgt pro Exemplar

nur 2 Mark.

Jeder Geschäftsmann sollte nicht versäumen, sich dasselbe unverzüglich anzuschaffen, da das Werk bei Inkrafttreten der neuen Gesetze thatsächlich unentbehrlich ist.

Bestellungen nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen und liefert auch nach Auswärts gegen Einsendung von Mk. 2,00 franko per Post.

Berlin, Leipzig und Neuwied a. Rh.

Louis Heuser's Verlagsbuchhandlung.

Bestell-Schein.

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der Expedition des „Nebraer Anzeiger“:

Ex. Rechte und Pflichten der Kaufleute und Gewerbetreibenden nach den neuen Reichsgesetzen.

Preis Mk. 2,00.

(Louis Heuser's Verlagsbuchhandlung, Berlin, Leipzig u. Neuwied a. Rh.)

Ort und Datum:

Name und Stand:



